

Ist die Dualität beruflicher und akademischer Bildung zukunftsfähig?

Joachim Lohmann

in leicht gekürzter Form erschienen in:

Schultz, T., Hurrelmann, K. (Hrsg.), Die Akademiker-Gesellschaft,

Weinheim 2013 (Beltz), S. 54-72.

Einleitung

Die Forderung nach einem Studium für alle ist ein Reizthema, das zu heftigen Aggressionen führt. Wer dennoch die Bereitschaft wecken will, sich mit diesem Thema zu befassen, muss sich auf Einwände von vielen Seiten einlassen. Diese sind einerseits durch die Idealisierung des Bestehenden und andererseits durch einen Skeptizismus gegenüber Veränderungen geprägt.

Kaum ein Bereich wird so idealisiert wie die bestehende duale Berufsausbildung. Einen Tabubruch begeht, wer die duale nicht gegenüber der schulischen Berufsausbildung für überlegen hält, sie nicht als deutschen Exportschlager ansieht und an ihrer Gleichwertigkeit mit der akademischen Bildung zweifelt.

Wer sich zudem für ein Studium für alle einsetzt, stößt auf breiten Skeptizismus sowie auf scharfe Ablehnung: Ein Studium für alle führe zur Arbeitslosigkeit, verlöre an Attraktivität und bedeute Niveauverlust.

Doch die verengte nationale Sichtweise hilft nicht weiter. Wenn Deutschland nicht abgehängt werden will, muss es sich den internationalen Entwicklungen und globalen Erkenntnissen stellen.

Ein internationaler Vergleich stößt auf begriffliche Schwierigkeiten. Zwar haben sich auch schon früher die Staaten im Bildungsbereich mit den Entwicklungen anderer Staaten auseinandergesetzt, dann aber doch häufig nationale Sonderwege entwickelt. Inzwischen haben UNO, OECD und EU einen einheitlichen Begriffsrahmen entwickelt. Im Folgenden wird die von der UNESCO entwickelte

Internationale Standardklassifikation ISCED zugrunde gelegt. Innerhalb der Klassifikation verbergen sich aber nicht selten unterschiedliche Sachverhalte.¹

Einwand 1: Die duale sei der schulischen Berufsbildung überlegen

Für In- wie Ausland gilt die duale Berufsausbildung in Deutschland als vorbildlich, denn sie garantiere eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Doch tatsächlich wird die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland geschönt, überbrückt, hinausgeschoben und verharmlost.

- Die deutsche Jugendarbeitslosenquote ist im internationalen Vergleich geschönt; denn sie wird bezogen auf alle Erwerbspersonen. Dazu gehören die Jugendlichen in einer dualen, nicht aber in einer schulischen Berufsausbildung. Staaten mit einer dualen Berufsausbildung sind damit statistisch im Vorteil - Staaten mit einer schulischen Berufsausbildung im Nachteil. Im Folgenden wird nur die OECD-Statistik verwandt, die die erwerbslosen Jugendlichen auf den Altersjahrgang bezieht.
- Die Erwerbslosigkeit der 15-19-Jährigen in Deutschland liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Dies ist aber nicht das Verdienst der dualen Berufsausbildung, die beginnt in Deutschland durchschnittlich erst mit 20 Jahren (BIBB, S. 139). Die Erwerbslosigkeit wird vielmehr mühsam durch ein Übergangssystem niedrig gehalten und hinausgeschoben. Dieses ist weitgehend eine Bewahranstalt, denn überhaupt nur Hauptschüler verbessern im Übergangssystem ihre Chancen gegenüber erfolglosen Jugendlichen, aber nur dann, wenn

1 So ist die duale Berufsausbildung in Deutschland unter ISCED 3C(lang)/3B eingeordnet, international findet sich die duale und schulische Berufsausbildung aber zumeist unter ISCED 3A, da ihr Abschluss zum direkten Studium berechtigt. International werden die Erzieher und die nicht-medizinischen Gesundheitsberufe weit überwiegend in mindestens zwei- oder mehrjährigen Studien im Tertiärbereich ausgebildet. Deutschland hat durchgesetzt, dass die schulische Sekundararabildung in diesen Berufen als zweijährige Studiengänge im Tertiärbereich eingeordnet wird. Wegen dieser Schönfärberei der deutschen Ausbildung wird - sofern eine statistische Trennung möglich ist - im folgenden international nur der Tertiärbereich A verglichen.

Das anschließende Schema erklärt, wie im Folgenden die deutschen Bildungsgänge zugeordnet und welche Begrifflichkeiten verwendet werden.

Bildungsstand								
höchster erreichter Bildungsabschluss								
	Primarbereich	Sekundarstufe I	ISCED 3C (kurz)	ISCED 3C(lang)/3B	ISCED 3A	Postsekundär	Tertiärbereich B	Tertiärbereich A und Forschungsstudiengänge
OECD	höchstens Primarabschluss	Sekundarstufen-I-Abschluss	kürzere (berufliche) Bildung	mehrfährige allg. oder berufl. Bildung, dual oder schulisch, Zugang zu Tertiärbereich B	direkte Studienberechtigung (in der OECD zumeist auch über Berufsbildung)		2-jährige Hochschulstudiengänge	
Deutsche Zuordnung				duale Berufsausbildung	Fachhochschul- u. Hochschulreife	Meister, Techniker	Erzieher, Pfleger, Assistenten	
verwendete Begrifflichkeit	Bildungsabschluss unterhalb der Sekundarstufe II			Sekundarstufen-II-Abschluss			Tertiärbereich	
				Berufliche Bildung, für duale Berufsausbildung nur minimale Öffnung Tertiärbereich	Hochschulreife, Abitur			akademische Bildung, akademischer Abschluss

sie einen zusätzlichen Abschluss erwerben oder eine schulische Berufsausbildung beginnen (Beicht, S. 11).

- Die in Deutschland geringere Jugenderwerbslosigkeit unter sechs Monaten ist systemisch bedingt: Dual Ausgebildeten werden noch zu 60 % von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen werden, schulisch Ausgebildete müssen sich bewerben. Eine kurzfristige Bewerbungsfrist ist keine Erwerbslosigkeit im engeren Sinne. Sie mit einer längerfristigen Jugenderwerbslosigkeit zu vermischen, verharmlost deren persönlichkeitszersetzenden Charakter.

Bei der Erwerbslosigkeit der 15- bis 29-Jährigen über sechs Monate liegt Deutschland nur im OECD-Durchschnitt. In allen jugendlichen Altersgruppen hat Deutschland einen Rangplatz nur im Mittelfeld inne und jeweils in der schwächeren Hälfte (OECD 2012, Tab. C5.2a). Die deutsche duale Berufsausbildung wegen der Jugendarbeitslosigkeit als vorbildlich darzustellen, ist eine Anmaßung. Sie ist der schulischen Berufsausbildung nicht überlegen.

Einwand 2: Die berufliche sei gegenüber der akademischen Bildung gleichwertig

Wirtschaft wie Politik in Deutschland propagieren die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. „Wer eine Ausbildung macht, ist kein sozialer Absteiger. ...Und wir sind in Deutschland davon überzeugt, dass (berufliche und akademische Bildung) ist gleichwertig.“ (Schavan). Der Handwerkspräsident sekundiert: „Der Trend zur Akademisierung ist fatal. ... Im Handwerk bekommen sie (die enttäuschten Studenten) eine klare Orientierung – nach oben. Gesellenbrief, Meisterbrief, Selbständigkeit – Berufserfolg statt Studienfrust.“ (Kentzler).

Doch die behauptete Gleichwertigkeit beruflicher Bildung verschleiert deren Diskriminierung. Personen mit einem Sekundarabschluss als höchster Qualifikation - also weit überwiegend beruflich Gebildete - sind ökonomisch wie gesellschaftlich stark benachteiligt.

Die berufliche Bildung diskriminiert ökonomisch

Bei dem Beschäftigungsumfang und der Beschäftigungssicherheit unterscheiden sich die Bildungsstände erheblich. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind deutlich seltener, Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung ebenfalls seltener als Akademiker beschäftigt.

Beträchtlich sind die Differenzen bei der Erwerbslosigkeit: sie beträgt bei Akademikern nur 3 %, bei Erwerbstätigen mit Sekundarstufen-II-Abschluss gut das Doppelte (7%) und bei denen ohne diesen Abschluss das fünffache (16 %). Die duale Berufsausbildung in Deutschland verringert die Degradierung bei der sekundären Bildung nicht, das Gegenteil ist der Fall: Sie diskriminiert stärker als die schulische Berufsausbildung in der OECD. Personen mit sekundärer Bildung in Deutschland sind deutlich stärker gegenüber Akademikern benachteiligt als im OECD-Durchschnitt - und das sowohl bei der Vollbeschäftigungs- wie bei der Beschäftigungsquote als auch bei der Erwerbslosigkeit (OECD 2012, Table A7.5; A7.3a; A7.4a).

Besonders drastisch zeigt sich die Bildungsbenachteiligung an den Einkommen. Je geringer die Ausbildung, desto schärfer ist der Einkommensnachteil gegenüber den Akademikern.

Der Einkommensvorteil der akademischen Bildung wird auch nicht durch den Aufwand für längere Bildung und den eingetretenen Einkommensverlust konterkariert. Unter Berücksichtigung dieser

Faktoren beträgt die individuelle Ertragsrate für eine tertiäre Ausbildung gegenüber einer Sekundärbildung in der OECD durchschnittlich für Männer 12,4 % und für Frauen 11,4 %. Sie schwankt sehr. Maximal beträgt sie für Männer 25 % und für Frauen gut 20 % und fällt bei Männern nirgends und bei Frauen nur knapp unter 6 %. Das ist selbst dann eine beachtliche Rendite (OECD 2012, Tab. A9.1).

Die berufliche Bildung benachteiligt auch individuell und gesellschaftlich

Die nicht-akademische Bildung benachteiligt nicht nur ökonomisch, sondern sie integriert weniger in die Gesellschaft und Politik und beeinflusst sogar negativ die Lebenserwartung.

Politisch nehmen Erwachsene ohne akademischen Abschluss - extrem ausgeprägt bei den 25- bis 34-Jährigen – deutlich weniger an Wahlen teil; sie beteiligen sich auch seltener am gesellschaftlichen Leben. Noch brisanter ist, dass selbst die Lebenserwartungen vom Bildungsstand abhängen. Innerhalb der OECD sinkt bei den 30-Jährigen die voraussichtliche zusätzliche Lebenszeit für Erwachsene ohne Sekundarabschluss gegenüber den Akademikern um gut 10 %, bei Erwachsenen mit dem Sekundarabschluss um 5 % (OECD 2012, A11.1-3). Das gilt auch für Deutschland, wie die Studie von R. Becker bestätigt.²

Die propagierte Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung erweist sich als eine öffentliche Irreführung. Ideologie und Realität fällt selten so offensichtlich auseinander wie bei der Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung. Bund und Länder konnten sich nicht einmal darauf einigen, den Berufsabschluss ohne zusätzliche Auflagen der allgemeinen Hochschulreife gleichzusetzen, geschweige denn einem akademischen Abschluss.

Einwand 3: Es fehlen Facharbeiter, aber keine Akademiker

Braucht Deutschland wirklich noch mehr Akademiker? Fehlen Deutschland nicht vor allem die Facharbeiter? Vor kurzem haben öffentliche Berufsforschungsinstituten in Deutschland vor dem künftigen Mangel an beruflich Qualifizierten und einem Überangebot an Akademikern gewarnt. Nach ihrem QuBe-Projekt würde sich aus dem Überangebot an beruflicher Bildung ohne bildungspolitische und Immigrationsmaßnahmen ein beachtliches Defizit entwickeln. Demgegenüber würde das jetzt bestehende Überangebot an tertiär Ausgebildeten bei dem Referenzszenario bestehen bleiben und nur beim Alternativszenario bis 2030 abgebaut werden (Maier). Zu einer ähnlichen Prognose war schon Prognos/IAB gelangt.

Doch die Ansätze des QuBe-Projektes sind mehr als fragwürdig:

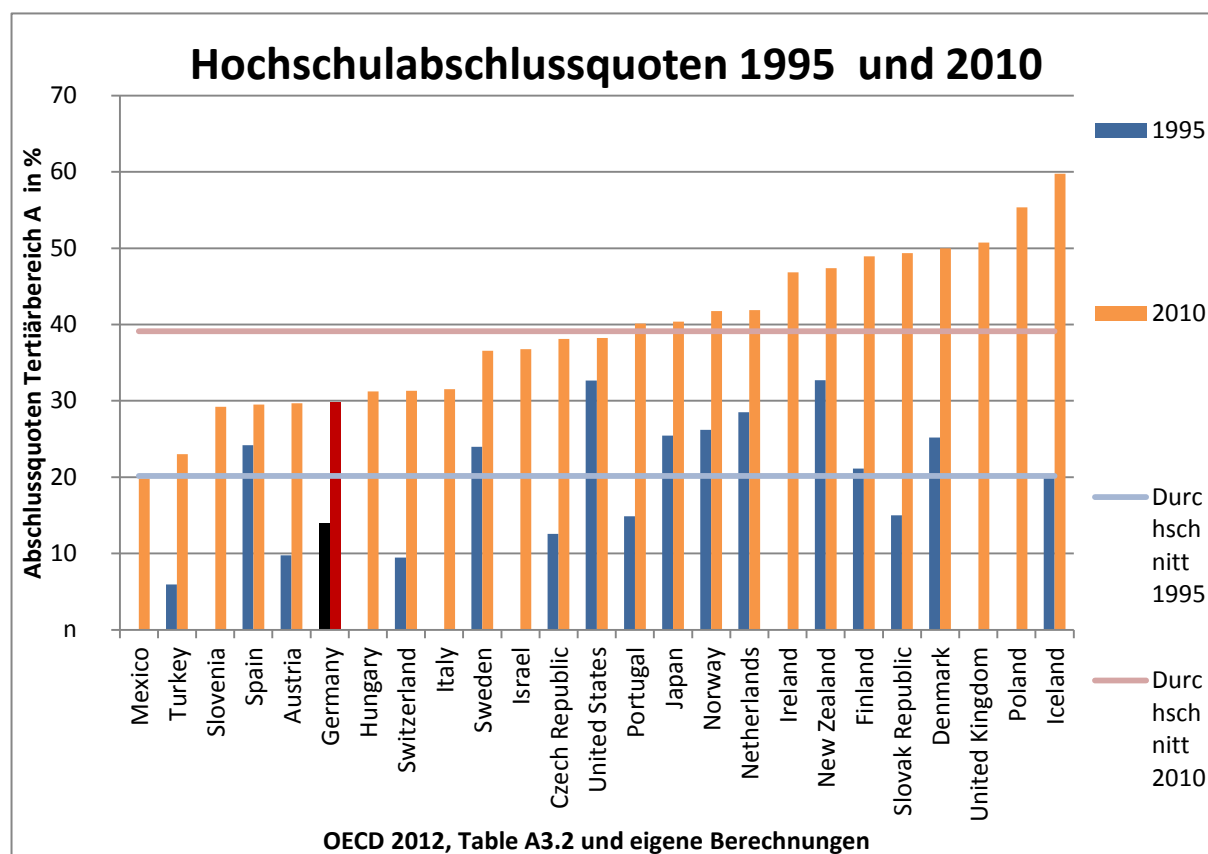
- Ausgangspunkt ist nicht die Nachfrage der Wirtschaft, sondern die vorhandene Beschäftigung. Nicht berücksichtigt werden offene Stellen, aber auch Stellen, die wegen unbefriedigender Nachfrage gestrichen wurden, sowie Stellen, die anderweitig und damit für das QuBe als vollwertig besetzt gelten.
- Beim künftigen Bedarf wird die in der Vergangenheit gegen des Fehlens qualifizierter Bewerber erfolgte unterwertige Besetzung als angemessen fortgeschrieben.

² Die Daten zur Lebenswahrscheinlichkeit ist in der OECD-Untersuchung nicht für Deutschland erhoben worden. Die Studie von R. Becker ergibt zusätzlich, dass die Sterbewahrscheinlichkeit mehr mit der Bildungsungleichheit als mit der Klassenlage zu tun hat (S. 145 f.).

- QuBe geht von traditionellen Berufsbildern aus. Tatsächlich bahnt sich auch in Deutschland eine Akademisierung z.B. der Erzieher- und der medizinischen Berufe an. In nur wenigen Jahren sind inzwischen rund 70 Studiengänge für Frühpädagogik/Pädagogik der Kindheit und über 40 Studiengänge für Pflegewissenschaft sowie weitere gesundheitswissenschaftliche Studiengänge an deutschen Hochschulen entstanden.
- Weiterhin unterschätzt QuBe die innovative Kraft von Höherqualifizierten: Diese füllen nicht selten die vorhandene Stelle optimaler aus und tragen damit zu einer stärkeren Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung bei.

Es ist schon grotesk: zum gleichen Zeitpunkt, zu dem die Fortschreibung von 2012 des QuBe-Projekts einen Akademikerüberhang für das gleiche Jahr prognostiziert (BIBB-Report), warnen (Wirtschafts-)Verbänden immer lauter vor dem bestehenden und erst recht vor dem künftigen Akademikermangel bei IT-Berufen, Ingenieuren, Lehrkräften, Ärzten u.a.m. Sie verweisen zudem auf eine deutlich verschlechterte Relation zwischen Bewerbern und offenen Stellen.

M.a.W.: Das QuBe-Projekt unterschätzt völlig sowohl den gegenwärtigen als erst recht den künftigen Akademikerbedarf. Es ist erschütternd, dass sich die QuBe-Autoren nicht einmal von den internationalen Entwicklungen irritieren lassen: Wenn es Sättigungsgrenzen für Akademiker gäbe, müsste sie sich doch klar zeigen. Denn es hat seit 1995 global eine einmalige Akademiker—Explosion gegeben, die Hochschulabschlussquoten haben sich seither verdoppelt, der OECD-Durchschnitt beträgt inzwischen fast 40 %. Bei den drastischen Unterschieden bei den Akademikerquoten, die innerhalb der OECD zwischen 20 % und 60 % liegen, müssten doch Akademikerüberhänge deutlich zeigen.



Die zwei wichtigsten Indikatoren einer möglichen Sättigungsgrenze sind die Erwerbslosenquoten sowie die Einkommensdifferenzen.

Die Erwerbslosenquoten der Akademiker liegen in allen Staaten niedriger als die der Absolventen des Sekundarbereichs II. Bei den Männern sind die einzigen Ausnahmen Mexiko und Luxemburg, wo die Akademikerquoten extrem niedrig liegen³.

Erstaunlicherweise führen höhere Akademikerquoten zu keiner höheren Erwerbslosigkeit, das Gegenteil ist der Fall: Sind die Hochschulabschlussquoten in einem Staat höher, geht die Erwerbslosigkeit der Männer leicht und bei den Frauen deutlich zurück. Vor allem aber sinkt die Erwerbslosigkeit von Akademikern in Relation zu Personen mit einem Sekundarabschluss. Eine absolute Aufnahmegrenze für Akademiker zeichnet sich also nicht ab, vielmehr das Gegenteil.

Wenn es schon keine absolute Marktgrenze gibt, so könnte es eine relative geben: der Markt könnte nicht so schnell auf rapide wachsende Akademikerquoten reagieren. Doch die Korrelationen sind bei den Männern so niedrig, dass sie keinen Zusammenhang belegen. Ein schneller Anstieg der Akademikerquote bei Frauen ist mit einer generell höheren Erwerbslosigkeit verbunden, aber gerade nicht bei den Akademikerinnen. Ihre Erwerbslosigkeit fällt vielmehr im Vergleich zu den Frauen mit Sekundarabschluss (OECD 2012, Tab. A3.2 und A7.2a).

Die Ergebnisse sind verblüffend. Trotz der Praxis- und Berufserfahrung nicht weniger Studiengänge, trotz marktferner Studienwahlen im In- und nicht selten auch im Ausland haben Akademiker die besseren Beschäftigungschancen. Weder rapide ansteigende noch hohe Absolventenzahlen gefährden die Beschäftigungschancen von Akademikern. Arbeitgeber ziehen höher qualifizierte fast immer vor. Selbst bei einer 60%igen Akademikerquote zeichnet sich keine Sättigungsgrenze ab.

Einwand 4: Ein generelles Studium verliere an Attraktivität

Wennschon der Bedarf der Wirtschaft am Studium keine Sättigungsgrenze kennt, könnte das Studium aber finanziell unattraktiv werden. Denn wenn immer mehr studieren, müsste doch der ökonomische Vorteil zurückgehen.

Nun ist ein Hochschulabschluss nicht nur wegen ökonomischer Perspektiven interessant, sondern auch wegen des gesellschaftlichen Ansehens, des Einflusses, aber auch der persönlichen Entfaltung. Doch die ökonomischen Chancen sind sicher eine wichtige Studienmotivation.

Doch die Ertragsrate sinkt nicht bei einer hohen Akademikerquote, sondern sie steigt vielmehr - sowohl für Männer als auch für Frauen. Die Korrelation beträgt in beiden Fällen gut 20 %. Noch erstaunlicher ist, dass die Ertragsrate umso höher ausfällt, je stärker die Akademikerquote zwischen 1995 und 2009/10 angestiegen ist. Die Korrelation beträgt für beide Geschlechter rund 60 % (OECD 2012, Tab. A3.2 und A9.3). Stattdass eine breite Akademisierung ihre Attraktivität verliert, scheint sie vielmehr eine erhebliche ökonomische Innovation auszulösen, die sich auch individuell mehr als bezahlt macht.

³ Bei den Frauen, nicht aber bei den Männern kommt als Ausnahme noch Korea mit einer etwas überdurchschnittlichen Akademikerinnenquote hinzu. Die Benachteiligung der koreanischen Akademikerinnen scheint nach Eschborn auf die Diskriminierung von Frauen in führenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Positionen zurückzuführen zu sein. Die Hochschulabsolventenquoten von Luxemburg und Korea finden sich nicht in OECD 2012, sondern OECD 2010.

Einwand 5: Gerechtigkeit gelinge nicht über Chancengleichheit

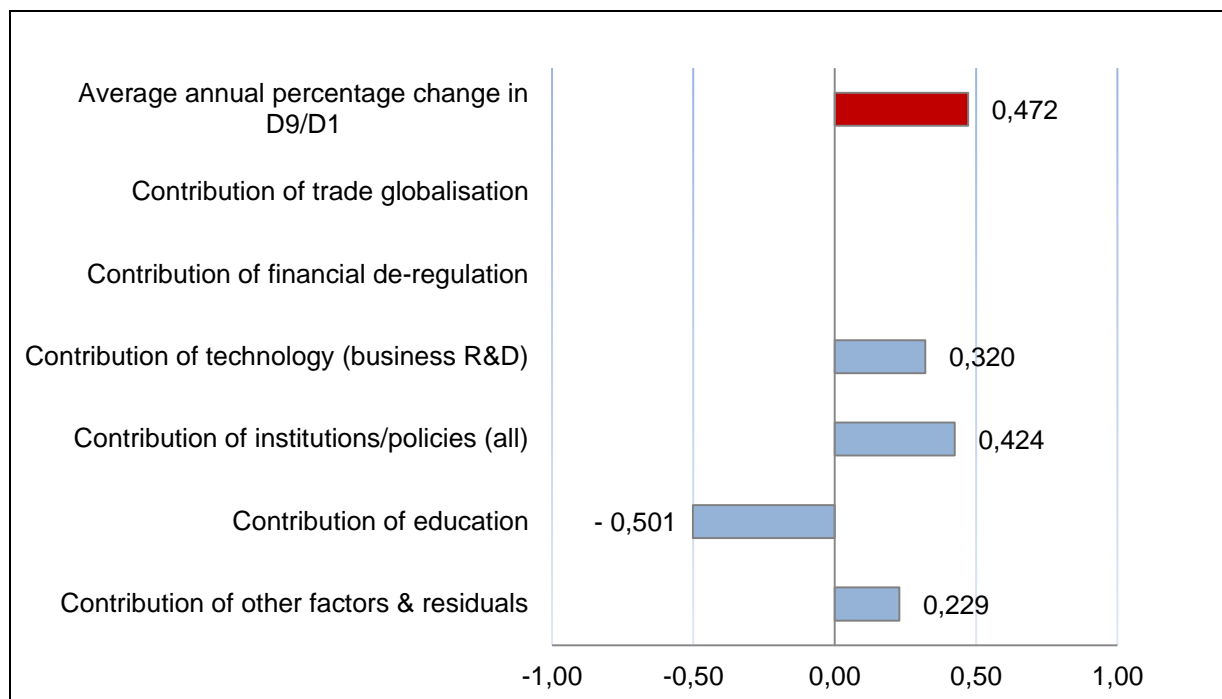
Die ökonomische Ungleichheit zwischen Reich und Arm ist global wie national ist erschreckend hoch. Weltweit besitzen die reichsten 5 % der Haushalte fast die Hälfte der Einkommen und das ärmste Viertel nicht einmal 1 %. Die Einkommensunterschiede sind besonders hart in vielen Schwellenländern, doch z.B. in den USA sind die Differenzen kaum geringer: die obersten 5 % erzielen dort fast 40 % der Haushaltseinkommen. Die Ungerechtigkeit spitzt sich weiter nach oben nochmals dramatisch zu: das oberste 0,1 % in den USA hat mehr als 12 %, davon das oberste 0,01 % allein 6 % der gesamten Haushaltseinkommen.

Die ökonomische Ungerechtigkeit hat seit Ende der 80er Jahren erheblich zugenommen: global verlor das ärmste Viertel fast ein Drittel, dagegen steigerten die obersten 5 % ihren Einkommensanteil um 8 %. Noch brutaler ist die Veränderung ganz oben an der Spitze: In den USA steigerten die obersten 0,01 % der amerikanischen Haushalte in den letzten 30 Jahren ihren Anteil um 600 % (Pogge, S. 27 ff.).

Die Einkommensverschiebung zwischen den frühen 80er Jahren und den späten 2000er Jahren hat sich zwischen dem einkommensreichsten und dem schwächsten Zehntel jährlich um fast ein halbes % vergrößert. Verantwortlich dafür ist nicht die Globalisierung des Handels und nicht die Deregulierung der Finanzmärkte. Verantwortlich dafür sind vielmehr weitgehend zwei Faktoren: die technologische Entwicklung sowie politische Maßnahmen des Arbeits- und Steuerrechts. Die technologische Entwicklung verschärft die Einkommensungleichheit jährlich um gut 0,3 %. Noch stärker wirken die arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Maßnahmen, sie die Einkommensrelationen jährliche um gut 0,4 % verschlechtern. Zusammen mit weiteren Faktoren vergrößern sie die jährliche Einkommensdistanz um 1 %.

Gründe der Einkommensungleichheit: die Rolle der Globalisierung, der Technologie und der Arbeitsmarktpolitik

Jährliche prozentuale Veränderungen



OECD 2011, Fig. 2.3

Wenn neben Technologie vor allem Arbeits- und Steuerpolitik für die zunehmende Ungleichheit der Einkommen verantwortlich sind, liegt es nahe, diese Politikbereiche vor allem in die Pflicht zu nehmen, von ihnen eine stärkere Gleichheitspolitik zu verlangen. Eine Begrenzung von Forschung und Entwicklung verbietet sich, sie würde jeden Staat, der dieses Mittel einsetzt, wirtschaftlich im globalen Wettbewerb zurückfallen lassen. Aber auch die arbeits- und steuerrechtlichen Mittel des einzelnen Nationalstaates für mehr Einkommensgleichheit sind begrenzt. Gegenüber den Spitzeneinkommen hat sich die EU nur mit großer Mühe auf eine Begrenzung der Bonitätszahlungen geeinigt. Gegenüber den Geringverdiener ist die Wirkung z.B. eines Mindestlohnes sind begrenzt, da eine zu starke Anhebung die Arbeitsplätze gefährden könnte.

Die ökonomischen Ungerechtigkeiten zu verringern, gelingt durchschlagend nur, wenn man dem Arbeitsmarkt entspricht. Dieser verlangt wegen der technologischen Entwicklung und wegen der Globalisierung höhere Qualifikationen. Dank der Bildungsexpansion hat sich die Einkommensungleichheit innerhalb der OECD nicht jährlich um 1 %, sondern nur um 1/2 % verschärft. Es ist der erhebliche Ausbau des tertiären Bildungsbereiches, der dies bewirkt hat. Er hat sogar zwei Drittel der Ungleichheit aufgefangen, die von der technologischen Entwicklung und der staatlichen und institutionellen Deregulierung ausgegangen sind (OECD 2011, S. 123). Die OECD folgert daraus für die Politik:

"Finally, policies that invest in the human capital of the workforce are key. Over the past two decades, the trend of higher educational attainment has been one of the most important elements in counteracting the underlying increase in earnings inequality in the long run. Policies that promote the up-skilling of the workforce are therefore key factors for reversing the trend towards further growth in inequality."(OECD 2011, S. 41).

"Upskilling of the workforce is closely associated with inequality reduction in both the upper and lower halves of the wage distribution." (a.a.O, S. 126).

Einwand 6: Größere Quantität gehe zulasten der Qualität

Weit verbreitet ist die Meinung, dass eine breitere Förderung nur zu Lasten der Qualität gehen könne und dass die Leistungsstärkeren unter- und die Leistungsschwächeren überfordert würden.

Nun gibt es keine akademischen Leistungsvergleiche zwischen den Hochschulen und erst recht keine zwischen Staaten. Es gibt aber auch keinen Leistungsvergleich zwischen den Abiturienten auf nationaler und erst recht nicht auf internationaler Ebene.

Dennoch liegen erstaunliche Belege vor, dass eine gemeinsame Breitenförderung nicht nur die Durchschnitts-, sondern auch die Förderung der Spitze wie der Risikogruppe positiv beeinflusst.

Der PISA-Leistungsvergleich der 15-Jährigen belegt den Zusammenhang zwischen dem gemeinsamen Lernen und der Leistungsentwicklung: Je weniger Schulformen es gibt und je später die Selektion eintritt, desto höher ist die Durchschnittsleistung, umso geringer der Anteil der Risikoschüler und umso breiter die Leistungsspitze. Mehr Gemeinsamkeit in der Sekundarstufe I kommt der Leistung aller zugute, die Korrelation beträgt jeweils rund 20 %. Die deutsche Schulstruktur geht zu Lasten einer breiteren und qualifizierteren Förderung aller (PISA 2009, Tab.I.2.1 und IV.3.2a). Noch bedeutender ist ein anderer, etwas überraschender Zusammenhang: nämlich der zwischen der Mittelstufenleistung und der Abiturientenquote. Ein Schulsystem erreicht bei den 15-Jährigen umso höhere Durchschnittsleistungen, je mehr Jugendliche es zum Abitur führt: Die Trendlinie verzeichnet einen Unterschied von rund einem Schulleistungsjahr. Gut 10 Prozent der Differenzen zwischen den Staaten ist mit der abweichenden Abiturientenquote erklärbar. Mit anderen Worten: Je mehr ein Bildungssystem, sein pädagogisches Personal und die Öffentlichkeit den Jugendlichen zutraut, je leistungsstärker werden sie. Ein Bildungssystem, das alle bzw. fast alle Jugendlichen für studierfähig hält und sie auch zur Hochschulreife führen will, hat ein entsprechendes Schulklima und eine entsprechende Schulstruktur - und es profitieren alle davon: je höher die Abiturientenquote, desto geringer die Risikogruppe und umso breiter die Spitze (OECD 2012, Tab.A2.1 u. PISA 2009, Tab. I.2.1-3). M.A.W.: Mit Strukturreformen und einer Orientierung auf die Schülerinnen und Schüler hin kann die Zahl der Jugendlichen, die zum Studium befähigt sind, erheblich gesteigert werden. Die Bildungsfähigkeit darüber hinaus mit einer verbesserter Lehreraus- und -fortbildung, mit mehr Berufs- und Praxisbezug der Bildungsgänge und mit Fortschritten bei der Didaktik und Methodik sowie bei den Materialien weiter verbessert werden. Ein Studium für praktisch alle ist ohne Qualifikationsverlust machbar. Alle Ebenen sind dabei gefordert - vom Elementarbereich über die Primar- und Sekundarstufe bis zum tertiären Bereich. Auch dieser Bereich kann praxis- und berufsbezogener und mit dualen Studiengängen breiter und erfolgreicher fördern.

Einwand 7: Das Studium für alle sei eine hoffnungslose Utopie

Selbst nicht wenige von denen, die an pädagogische Verbesserungen glauben, werden ein Studium für alle für eine hoffnungslose Utopie halten. Doch eine solche Position ist nur aus einer begrenzten nationalen Brille heraus verständlich.

Denn zumindest die Hochschulreife für alle ist in einigen Staaten weitgehend Realität, und es sind gerade die Staaten, die auch bei der Schülerleistung führend sind.

Auch Deutschland ist der Hochschulreife für alle nicht so fern, wie es scheint. Schon 2012 - zwei Jahre später - betrug die Abiturientenquote 50 %, begünstigt allerdings durch die doppelten Abiturientenjahrgänge.

In Zukunft wird die Abiturientenquote deutlich ansteigen:

- Da die duale Berufsausbildung "postsekundären" geworden ist, werden in der Sekundarstufe II hochschulpropädeutische Angebote vordringen.
- Das Übergangssystem steht wegen seiner Ineffektivität in starker Kritik. Qualifiziertere Angebote werden an seine Stelle treten.
- Längerfristig werden auch die meisten schulischen Berufsausbildungsgänge wie die für Erzieher, Pfleger und Assistenten in den Tertiärbereich abwandern.
- Schon jetzt wird die Hochschulpropädeutik deutlich ausgebaut: In 6 Bundesländern gibt es nur noch zwei Schulformen, die alle den gymnasialen Bildungsgang beinhalten, in weiteren 4 Ländern wird die Gemeinschaftsschule zulasten von Haupt- und Realschule stark ausgebaut.

Darüber hinaus haben Bund und Länder nach langem Ringen einen Deutschen Qualifikationsrahmen verabschiedet. Den Vorgaben des Europäischen Qualifikationsrahmens der EU-Kommission folgend vermittelt die dreijährige Berufsausbildung die Studienberechtigung nach dem jeweiligen Recht. Mit zunächst x-fachen Auflagen und Einschränkungen wird nun auch in Deutschland die Berufsausbildung der gymnasialen Hochschulpropädeutik gleichgestellt. Der Wirtschaft und den Gewerkschaften ist dieser Erfolg im Verbund mit der Bundesregierung gegenüber der Hinhaltetaktik der Länder gelungen. Eine zunehmende Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung innerhalb der Sekundarstufe II wird auch in Deutschland unaufhaltsam. Damit nähert sich Deutschland der Studienberechtigung für alle.

Nun ist Studienberechtigung für alle nicht gleich Studium für alle. Ein Studium für alle, erst recht ein akademischer Abschluss für alle ist noch nicht realisiert. Der Weg dorthin allerdings ist vorgezeichnet.

Innerhalb der OECD betrug noch 1995 die Abschlussquote im Tertiärbereich A nur 20 %, 2010 hatte sie sich auf 40 % verdoppelt (OECD 2012, Tab. A3.2). Jeder Staat hat den Hochschulbereich ausgebaut; wer zurücklag, hat ihn eher etwas stärker, wer 1995 vorne lag, eher vorsichtiger erweitert. Für die akademische Explosion verantwortlich sind Staaten im Mittelfeld: Finnland hat die akademischen Abschlussquoten in den 15 Jahren um 29 %-Punkte, die Slowakei um 34 %-Punkte und Island um 39 %-Punkte gesteigert. Zusammen mit Dänemark führen diese Staaten jetzt rd. 50 %, Island sogar 60 % eines Jahrgangs zum akademischen Titel. Sie haben alle anderen Staaten überholt. Und in einem Land, das schon jetzt 60 % zum akademischen Abschluss führt, in dem müssten - legt man die deutschen Studienerfolgsquoten zugrunde - bereits 90 % mit einem Studium beginnen.

Doch Deutschland steht nicht nur im Bildungswettbewerb innerhalb der OECD. Inzwischen haben auch Schwellenländer immer mehr die Bedeutung von Bildung und speziell den Wert akademischer Bildung erkannt.

- In China hatten sich nach massivem Ausbau im Jahr 2008 26,7 Millionen Studenten an Hochschulen eingeschrieben, das sind rund 2 % der Bevölkerung gegenüber 3 % in Deutschland (Volksrepublik China). In Ballungsräumen wollen bereits 70 % eines Jahrganges studieren (F. Rauner).
- In Indien studierten 2008 12,4 % des Jahrganges, so sollen es 2020 bereits 30 % sein (KPMG).

- Sehr große Anstrengungen unternehmen die Golfstaaten: "Qatar etwa hat eine riesige Education City hochgezogen, mehrere amerikanische Hochschulen bieten dort ihre Programme an, im Emirat Abu Dhabi hat die Sorbonne eine Filiale eröffnet, die New York University ist auch vertreten, Dubai protzt mit einem Knowledge Village, und sein Herrscher Scheich Mohammed al Maktum hat eine 10-Milliarden-Dollar-Stiftung angekündigt, um Wissen und Forschung voranzutreiben. Selbst Saudi-Arabien, nicht gerade als wissenschaftsfreundliches Land bekannt, will mit der King Abdullah University of Science and Technology eine internationale Wissenschaftselite ins Land holen, 12,5 Milliarden sollen dafür bereitgestellt werden. Mit dabei ist unter anderem die TU München." In Oman schließlich kam die RWTH Aachen zum Zuge (Wissen statt Öl).

Der akademische Wettlauf wird weitergehen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit innerhalb der OECD wird die Anstrengungen deutlich erhöhen, noch stärker in die Hochschul-Ausbildung zu investieren. Mit den Schwellenländern kommen neue Mitspieler hinzu, die in der Bildung den wesentlichsten Impuls für ihre eigene Entwicklung sehen.

Resümee

Mit einem Festhalten an der Dualität von beruflicher und akademischer Bildung wird Deutschland weder dem Qualifikationsbedürfnis der Wirtschaft entsprechen noch wird es der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit erfolgreich begegnen können.

Die auch international gelobte deutsche duale Berufsausbildung löst nicht ein, was ihr als Erfolg zugesprochen wird: Die Jugenderwerbslosigkeit in Deutschland ist nicht gering und die berufliche Bildung gegenüber der akademischen Bildung nicht gleichwertig. Nur weil die dual Ausgebildeten gut zur Hälfte vom Betrieb übernommen werden, liegt in Deutschland die kurzfristige Jugenderwerbslosigkeit wegen seltenerer Stellensuche niedriger als im Ausland mit einer zumeist schulischen Berufsausbildung. Bei der mehr als sechsmonatigen Jugenderwerbslosigkeit schneidet Deutschland keinesfalls besser, sondern nur wie der Durchschnitt der OECD ab. Und dies ist zu einem beachtlichen Teil nicht das Verdienst der dualen Berufsausbildung, sondern der des Übergangssystems, das zwar kaum qualifiziert, aber aufbewahrt und damit vor Erwerbslosigkeit schützt.

Auch bei dem Beschäftigungsumfang und bei dem Einkommen unterscheiden sich dual und schulisch Ausgebildete international kaum. Die Unterschiede zwischen dualer und schulischer Sekundarbildung sind minimal im Vergleich zu der gemeinsamen Diskriminierung gegenüber der akademischen Bildung.

Die deutsche - vornehmlich duale - Berufsausbildung ist der überwiegend schulische Berufsausbildung des Auslandes nicht überlegen. Erst recht ist sie nicht gleichwertig mit der akademischen Bildung, wie dies Politik und Wirtschaft gemeinsam gegen besseres Wissen betonen: Sie ist der akademischen Bildung in allen Punkten unterlegen: ihre Erwerbsquoten liegen niedriger, ihre Erwerbslosenquoten deutlich höher und die Einkommensrelation ist deutlich schlechter. Der Unterschied zwischen Personen mit beruflicher und mit akademischer Bildung ist ökonomisch wie gesellschaftlich fast so scharf wie zwischen Personen ohne und mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Hochqualifizierte sind im Vergleich zu beruflich Qualifizierten durchschnittlich fast überall stärker nachgefragt. Trotz einer einmaligen Explosion akademischer Abschlüsse ist in nahezu allen Ländern ihre Erwerbssicherheit deutlich und die Einkommensrelation erheblich höher als bei der sekundären Bildung. Eine Bedarfsgrenze für akademische Bildung ist nirgends erkennbar. Auch bei stark steigender Akademisierung bleibt die ökonomische Attraktivität erhalten.

Das Ziel eines Studiums für alle ist auch dringend erforderlich, um gegen die zunehmende ökonomische Ungerechtigkeit anzugehen. Diese ist vor allem wegen der technologischen Entwicklung und der Deregulierung entstanden, doch die wirksamste Waffe dagegen ist ein Studium für die breite Mehrheit.

Eine generelle Akademisierung bedeutet nicht automatisch einen Qualitätsverlust, vielmehr hat Deutschland das Begabungspotential nicht ausgeschöpft. PISA belegt, dass je länger alle gemeinsam lernen, umso höher ist die durchschnittliche Leistung, umso weniger Risikoschüler gibt es und umso mehr Jugendliche gehören zur Spitzengruppe. Und diese Werte werden noch besser, je mehr die Lehrkräfte - aber auch die Eltern und die Öffentlichkeit - den Jugendlichen zutrauen, je mehr sie ein gutes Schulklima anstreben und je mehr sie die Jugendlichen bis zum Abitur fördern.

Das Studium für alle ist auch keine hoffnungslose Utopie. Schon jetzt erwerben OECD-weit 60 % eines Jahrganges die Hochschulreife, in bildungspolitisch führenden Ländern sind es 90 % und mehr. Die Hochschulabschlussquoten - in Deutschland gerade bei 30 % - liegen OECD-weit inzwischen bei 40 %, manche Länder erreichen inzwischen bis zu 60 %. Da nicht jeder Student zum Abschluss kommt, ist dort das Studium für alle in erreichbarer Nähe. Die Dualität von beruflicher und akademischer Bildung wird keine Zukunft haben - auch nicht in Deutschland -, an ihre Stelle wird das Studium für alle treten.

Literatur

R. Becker, Bildung und Lebenserwartung in Deutschland, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 27, H. 2, 1998, S. 133-198.

U. Beicht, Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? BIBB-Report 11/09.

BIBB Bundesinstitut für Berufsbildung, Datenreport zum Bildungsbericht 2012, 2012.

BIBB, Neue Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030, BIBB REPORT Ausgabe 18/12.

Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel, BIBB REPORT Ausgabe 18/12.

N. Eschborn, N. Noll, Rock tragen, Bein zeigen, breit lächeln, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. KOREA 2012.

F. Höselbarth, Die Bildungsrevolution am Golf/The Education Revolution in the Gulf. Ein Handbuch. Deutsch und englisch. Georg Olms Verlag, Hildesheim 2010.

O. Kentzler, Handwerk wirbt um Studenten: Berufserfolg statt Studienfrust, Saarbrücker Zeitung, 2. 1. 2013)

KMK, Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2001 bis 2010, Statistische Veröffentlichungen 195, 2011

KPMG-Edge forum report Indian Higher Education - The defining years, 2011

J. Lohmann, Gemeinsam lernen – kein Einwand stichhaltig, http://www.ggg-bund.de/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=221&Itemid=124

T. Maier u.a., Alternative Szenarien der Entwicklung von Qualifikation und Arbeit bis 2030, hrsg. , BIBB, IAB, GWS, FIT 2012.

OECD (2012), Bildung auf einen Blick, 2012.

OECD (2011), Divided We Stand, 2011.

OECD (2010), Bildung auf einen Blick 2010.

PISA 2009, Bd. 1-4, OECD 2010

F. Rauner, Akademisierung, Sie alle wollen studieren, in: Die Zeit, 13. 10. 11,

[A. Schavan: Wer eine Ausbildung macht, ist kein sozialer Absteiger](#), Deutschlandradio Kultur, 12.9.2012

M. Spiewak, Klasse durch Masse, in: Die Zeit, 12.11.12, S. 45

T. Pogge, Globale Armut als institutionelle Menschenrechtsverletzung, in Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 12/2012, S. 24 - 31.

F. Rauner, Sie wollen alle studieren, Die Zeit, 14.10.2011.

Volksrepublik China, Wikipedia.

Wissen statt Öl, Zeit-Online, 16.09.2009